

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	11
1. Die Bilanz	
Die Bilanz der Europäischen Integration 2017	15
<i>Werner Weidenfeld</i>	
Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte	21
<i>Darius Ribbe / Wolfgang Wessels</i>	
Brexit	45
<i>Julia Klein</i>	
60 Jahre Römische Verträge	59
<i>Gabriele Clemens</i>	
2. Die Institutionen der Europäischen Union	
Die institutionelle Architektur der Europäischen Union	71
<i>Johannes Müller Gómez / Wolfgang Wessels</i>	
Europäisches Parlament	87
<i>Andreas Maurer</i>	
Europäischer Rat	101
<i>David Schäfer / Wolfgang Wessels</i>	
Rat der Europäischen Union	109
<i>Nicolai von Ondarza</i>	
Europäische Kommission	119
<i>Andreas Hofmann</i>	
Gerichtshof	127
<i>Siegfried Magiera / Matthias Niedobitek</i>	
Europäische Zentralbank	137
<i>Martin Selmayr</i>	
Rechnungshof	153
<i>Siegfried Magiera / Matthias Niedobitek</i>	
Ausschuss der Regionen	157
<i>Otto Schmuck</i>	
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	161
<i>Doris Dialer</i>	
Europäische Agenturen	165
<i>Michael Kaeding</i>	
Europäische Investitionsbank	169
<i>Markus Berndt</i>	

3. Die politische Infrastruktur

Nationale Parlamente175
Valentin Kreiling

Europäische Parteien179
Michael Weigl

Europa und die Kommunen185
Ulrich von Alemann

Europäische Bürgerinitiativen189
Julian Plottka

Lobbyismus in der partizipativen Demokratie193
Bernd Hüttemann

Öffentliche Meinung197
Thomas Petersen

Kirchen und Religionsgemeinschaften207
Matthias Belafi

4. Die Innenpolitik der Europäischen Union

Agrar- und Fischereipolitik213
Christian Lippert

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik219
Peter-Christian Müller-Graff / René Repasi

Beschäftigungs- und Sozialpolitik235
Peter Becker

Bildungspolitik239
Knut Diekmann

Binnenmarkt243
Florian Baumann / Sebastian Schäffer

Digitale Agenda und Cybersicherheit247
Annegret Bendiek

Energiepolitik255
Severin Fischer

Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik261
Jürgen Turek

Gesundheits- und Verbraucherpolitik265
Sarah-Lena Böning / Remi Maier-Rigaud

Haushaltspolitik269
Peter Becker

Industriepolitik275
Jürgen Turek

Kulturpolitik279
Otto W. Singer

Menschenrechtspolitik283
Gabriel N. Toggenburg

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit	291
<i>Christoph Gusy / Laura Schulte</i>	
Regionalpolitik	297
<i>Konrad Lammers</i>	
Sportpolitik	303
<i>Jürgen Mittag</i>	
Tourismuspolitik	307
<i>Anna-Lena Kirch</i>	
Umwelt-, Klima- und Meerespolitik	309
<i>Gaby Umbach</i>	
Verkehrspolitik	317
<i>Sebastian Schäffer</i>	
Währungspolitik	321
<i>Katharina Gnath / Philipp Ständer</i>	
Weltraumpolitik	327
<i>Jürgen Turek</i>	
Wettbewerbspolitik	329
<i>Henning Klodt</i>	
Wirtschaftspolitik	333
<i>Roland Döhrn / Wim Kösters</i>	
5. Die Außenpolitik der Europäischen Union	
Außenwirtschaftsbeziehungen	341
<i>Wolfgang Weiß</i>	
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	347
<i>Annegret Bendiek / Niklas Helwig</i>	
Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	353
<i>Daniel Göler / Lukas Zech</i>	
Afrikapolitik	359
<i>Julia Renner / Siegmar Schmidt</i>	
Asienpolitik	363
<i>Franco Algieri</i>	
Die Europäische Union und China	367
<i>Franco Algieri</i>	
Lateinamerikapolitik	371
<i>Johannes Wolters</i>	
Nahostpolitik	375
<i>Michael L. Bauer / Simon Hartmann</i>	
Die Europäische Union und die USA	379
<i>Jackson Janes</i>	
Zentralasienpolitik	385
<i>Katrin Böttger / Julian Plottka</i>	

6. Die Europäische Union und ihre Nachbarn

Europäische Nachbarschaftspolitik	389
<i>Barbara Lippert</i>	
Östliche Partnerschaft	395
<i>Barbara Lippert</i>	
Ukraine	397
<i>Constanze Aka / Martin Stein</i>	
Moldau	399
<i>Dominic Maugais</i>	
Georgien	401
<i>Mariam Khotenashvili</i>	
Mittelmeerpolitik	403
<i>Tobias Schumacher</i>	
Die EFTA-Staaten, der EWR und die Schweiz	407
<i>Burkard Steppacher</i>	
Die Europäische Union und Russland	413
<i>Sabine Fischer</i>	

7. Die Erweiterung der Europäischen Union

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union	419
<i>Barbara Lippert</i>	
Südosteuropapolitik	427
<i>Franz-Lothar Altmann</i>	
Albanien	431
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Bosnien und Herzegowina	433
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Kosovo	435
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Mazedonien	437
<i>Oliver Schwarz</i>	
Montenegro	439
<i>Sebastian Schäffer</i>	
Serbien	441
<i>Sabine Willenberg</i>	
Türkei	443
<i>Funda Tekin</i>	

8. Die Europäische Union und andere Organisationen

Die Europäische Union und der Europarat	451
<i>Klaus Brummer</i>	
Die Europäische Union und die NATO	457
<i>Hans-Georg Ehrhart</i>	

Die Europäische Union und die OSZE	463
<i>Wolfgang Zellner</i>	
Die Europäische Union und die Vereinten Nationen	469
<i>Günther Unser</i>	
9. Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	
Belgien	477
<i>Christian Franck</i>	
Bulgarien	481
<i>Johanna Deimel</i>	
Bundesrepublik Deutschland	485
<i>Martin Große Hüttmann</i>	
Dänemark	495
<i>Tobias Etzold / Charlotte Wenner</i>	
Estland	499
<i>Tobias Etzold</i>	
Finnland	501
<i>Tuomas Iso-Markku</i>	
Frankreich	505
<i>Joachim Schild</i>	
Griechenland	511
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
Irland	517
<i>Mary C. Murphy</i>	
Italien	523
<i>Alexander Grasse / Jan Labitzke</i>	
Kroatien	529
<i>Hrvoje Butković</i>	
Lettland	531
<i>Karlis Bukovskis</i>	
Litauen	533
<i>Tobias Etzold</i>	
Luxemburg	535
<i>Jean-Marie Majerus / Guido Lessing</i>	
Malta	537
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
Die Niederlande	539
<i>Mirte van den Berge</i>	
Österreich	543
<i>Katrin Auel / Johannes Pollak</i>	
Polen	547
<i>Ryszarda Formuszewicz</i>	

Portugal	551
<i>Bruno Oliveira Martins</i>	
Rumänien	555
<i>Alexandru Damian</i>	
Schweden	559
<i>Tobias Etzold / Charlotte Wenner</i>	
Slowakei	563
<i>Marta Kralikova</i>	
Slowenien	567
<i>Marko Lovec</i>	
Spanien	571
<i>Eduard Soler i Lecha / Laia Mestres</i>	
Tschechische Republik	575
<i>Zuzana Lizcová</i>	
Ungarn	579
<i>Heiko Fürst</i>	
Vereinigtes Königreich	583
<i>Birgit Bujard</i>	
Zypern	593
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
10. Anhang	
Abkürzungen	597
Die AutorInnen	598

Vorwort

Die Debatten zur Zukunft Europas erfuhren im Jahr 2017 einen neuen Antrieb, nachdem sich eine Mehrheit der britischen WählerInnen im Juni 2016 für einen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs entschieden hatte. Das Brexit-Votum markiert damit nicht nur eine Zäsur in der europäischen Integrationsgeschichte, sondern stellt die verbleibende EU-27 abermals vor schicksalsträchtige Fragen: Welches Europa und wie viel Europa wollen wir? Welche Zugeständnisse sind wir bereit, dafür zu machen?

Auf EU-Ebene setzten sich intensive Zukunftsreflexionen in Gang. Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 bekräftigten im September 2016 auf dem Gipfel von Bratislava ihr Bekenntnis zur europäischen Integration und beschlossen einen Fahrplan für EU-Reformen. Die Europäische Kommission stellte im März 2017 ihr „Weißbuch zur Zukunft Europas“ mit fünf möglichen Szenarien für die Union im Jahr 2025 vor. Mit dem 60. Jubiläum der Römischen Verträge am 25. März 2017 sollte ein Höhepunkt dieses Reflexionsprozesses erreicht werden, der in einer gemeinsamen Erklärung der führenden Vertreter von 27 EU-Staaten und des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission mündete. Gabriele Clemens geht anlässlich dieses Jubiläums seiner historischen Bedeutung für die noch immer währende Frage nach der Finalität des Integrationsprozesses im Gastbeitrag *60 Jahre Römische Verträge* nach.

Am 1. Juli 2017 erinnerte auch der erste Europäische Trauerakt zu Ehren Helmut Kohls mahndend an die historisch-kulturellen Wurzeln der europäischen Einigung, zu der der ehemalige Bundeskanzler und Ehrenbürger Europas maßgeblich beigetragen hat.

Doch der Blick in die Zukunft ist getrübt: Die scheinbar wiederbelebte Integrationsdynamik täuscht nicht über die „strategische Sprachlosigkeit“ der EU-Spitzen hinweg, bilanziert Werner Weidenfeld. Für viele Probleme der Vorjahre – sei es die Migrationskrise oder das Ausbleiben notwendiger Reformen in der Wirtschafts- und Währungsunion – sowie Fragen über den künftigen Integrationskurs gibt es bislang weder nachhaltige Lösungen noch innovative Antworten. Nur in der Brexit-Frage überraschten die Staats- und Regierungschefs der EU-27 durch Geschlossenheit und Einigkeit. Mit Beginn der Austrittsverhandlungen bezogen sie klare Fronten gegenüber Großbritannien und der im Konsens zum Chefunterhändler ernannte Michel Barnier hat die heikle Aufgabe übernommen, den bestmöglichen Deal für die Union und ihre BürgerInnen zu verhandeln.

Das Jahrbuch widmet dem Präzedenzfall *Brexit* einen eigenen Beitrag. Als Idealfall für ein „known unknown“ nahmen die wissenschaftlichen Arbeiten zum EU-Austritt Großbritanniens zu, es kam aber im Zuge der Fragen nach der Weiterentwicklung der EU-27 auch zu einer Wiederbelebung des Themas differenzierte Integration, wie der Beitrag *Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte* deutlich macht.

Das Kapitel zu den *Institutionen der Europäischen Union* erfuhr eine Erweiterung um die *Europäische Investitionsbank*. Als größte Entwicklungsbank Europas fördert sie Projekte, die sich maßgeblich auf Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit und damit auch auf die Lebensbedingungen der UnionsbürgerInnen auswirken. Der Europäische Rat trat zwar weiterhin als Schlüsselorgan im EU-Krisenmanagement und in der Reformdebatte auf, bezog aber die supranationalen Organe wie die Kommission stärker in die Lösungsfindung und -umsetzung mit ein. Das Europäische Parlament hingegen erfuhr

eine zunehmende Zersplitterung, die die traditionell gebildete Große Koalition aus Europäischer Volkspartei (EVP) und den Sozialdemokraten (S&D) erschütterte.

Im Kapitel zur *politischen Infrastruktur* zeichnet sich eine Trendwende in der öffentlichen Meinung ab: Mit dem Brexit-Votum stieg auch das Ansehen der Europäischen Union wieder. Angesichts globaler Gefährdungen scheint der Wert der EU-Integration wieder stärker ins Bewusstsein der UnionsbürgerInnen zu rücken. Wie die *Europäischen Bürgerinitiativen* Forderungen und Bedürfnisse der UnionsbürgerInnen stärker in die EU-Politik einbringen können, erklärt in einem neuen Beitrag Julian Plottka.

Die einzelnen Beiträge zur *Innen- und Außenpolitik der Europäischen Union* bieten tieferegehende Detailanalysen zu den Entwicklungen der einzelnen Politikbereiche an. Wieder steht die Migrationskrise mit ihren innen-, sicherheits- und außenpolitischen Dimensionen im Vordergrund. Angesichts der Kontroversen unter den EU-Staaten kam die legislative Tätigkeit in der Asyl- und Einwanderungspolitik jedoch zum Stillstand. Hingegen werden in der Wirtschafts- und Währungsunion sowie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch die Wahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten Frankreichs und dem wiederbelebten deutsch-französischen Tandem größere Integrationsfortschritte erwartet.

Neu im Jahrbuch ist das Kapitel *Die Europäische Union und ihre Nachbarn*. Neben Überblicksbeiträgen wie zur *Europäischen Nachbarschaftspolitik* und der *Östlichen Nachbarschaft* gibt es zusätzliche Einblicke in die EU-Politik gegenüber der *Ukraine, Moldau* und *Georgien*. Auch zu *Albanien* erscheint erstmals ein eigener Länderbeitrag im Kapitel zur *Erweiterung der Europäischen Union*. Umstritten bleibt weiterhin die Beitrittsfrage zur Türkei wie auch die brüchige Erklärung EU-Türkei.

Das Kapitel zur *Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Entwicklungen der OSZE und den Stand der Beziehungen zur NATO.

Das Wahljahr 2017 sorgte in den Beiträgen zur *Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union* für viel Aufsehen. In den Niederlanden, Frankreich und Österreich hatten integrationsfeindliche Kräfte reale Chancen auf die Regierungsführung. Selbst in Deutschland, dem proeuropäischen Musterknaben, schaffte die populistische Partei Alternative für Deutschland den Sprung in den Deutschen Bundestag. Dagegen werden die Wahlerfolge Macrons in Frankreich und Mark Ruttes in den Niederlanden für den weiteren Integrationsprozess bei Weitem optimistischer gesehen.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 37. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 unter www.Wissen-Europa.de hinzuweisen, wo einem breiten Publikum über drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung stehen. Mit dieser Ausgabe wird der Bestand um den Zeitraum von Mitte 2016 bis Mitte 2017 erweitert. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C.A.P.) und des Centre for Turkey and European Union Studies (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt auch den Autorinnen und Autoren, deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Julia Klein danken wir für ihre großartige Redaktion, ohne die die Realisierung dieses Projekts nicht möglich wäre.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels